

NIEDERSCHRIFT**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid****am 14.05.2012****im Ratssaal****Anwesend:****Vorsitz des Rates:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Ingo Diller
Ratsherr Gordan Dudas
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Horst Eick
Ratsfrau Eveline Haue
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsherr Stefan Hoffmann
Ratsfrau Sandra Knoblauch
Ratsherr Steffen Kriegel
Ratsherr Bernd Schildknecht
Ratsfrau Nicole Schulte
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Michael Thielicke
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsfrau Christel Gabler
Ratsherr Rüdiger König
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs
Ratsfrau Susanne Mewes
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer
Ratsherr Stefan Pietzner
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde
Ratsherr Jürgen Sager
Ratsherr Hansjürgen Wakup
Ratsherr Björn Weiß
Ratsherr Rüdiger Wilde

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball
Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Oliver Petrosch
Ratsfrau Anette Schwarz
Ratsherr Michael Wülfrath

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsherr Hermann Morisse
Ratsfrau Tanja Tschöke

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Yasin Kut
Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Stephan Haase
Ratsfrau Angelika Linnepe

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Techn. Beigeordnete Marion Ziemann
Herr Martin Bärwolf
Herr Michael Walker
Herr Klaus-Peter Welter

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Heinz-Rüdiger Ochel
Ratsfrau Britta Rogalske
Ratsherr Karsten Weller

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Kirsten Petereit

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Peter Biernadzki
Ratsherr Peter Oettinghaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:42 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Wahl und Verpflichtung der Ersten Stellvertretung des Bürgermeisters

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass Ratsherr Otto Bodenheimer am 10.05.2012 als Erster Stellvertretender Bürgermeister zurückgetreten sei.

Gemäß § 67 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW sei in diesem Fall der/die Nachfolger/in für den Rest der Wahlzeit ohne Aussprache in geheimer Abstimmung nach § 50 Abs. 2 der Gemeindeordnung NRW zu wählen.

Die SPD-Ratsfraktion schlage Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek als neue Erste Stellvertretende Bürgermeisterin vor.

Er fragt, ob weitere Vorschläge vorlägen. Dies ist nicht der Fall.

Anschließend überzeugt sich Bürgermeister Dzewas zunächst von dem ordnungsgemäßen Zustand der Wahlurne und bittet um Stimmabgabe.

Nach namentlichem Aufruf erhalten die Ratsmitglieder einen Stimmzettel, den sie in den dafür vorgesehenen Wahlkabinen kennzeichnen und in die Urne werfen.

Nach Auszählung der abgegebenen Stimmen, die unter Beteiligung je eines Vertreters der Ratsfraktionen erfolgt, gibt Bürgermeister Dzewas das Ergebnis der Abstimmung wie folgt bekannt:

Wahl zu Ersten Stellvertretenden Bürgermeisterin der Stadt Lüdenscheid

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen	44 Stimmen
davon ungültig	- Stimmen
Gesamtzahl der gültigen Stimmen	<hr/> 44 Stimmen
Es wurden insgesamt	31 Ja-Stimmen abgegeben.
Es wurden insgesamt	13 Nein-Stimmen abgegeben.

Danach ist Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek zur Ersten Stellvertretenden Bürgermeisterin der Stadt Lüdenscheid gewählt.

Im Anschluss fragt Bürgermeister Dzewas:

„Frau Szermerski-Kasperek, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?“

Ratsfrau Szermerski-Kasperek antwortet:

„Ja, ich nehme die Wahl an.“

Anschließend ergänzt Bürgermeister Dzewas den Tagesordnungspunkt um die Verpflichtung der Ersten Stellvertretenden Bürgermeisterin.

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Szermerski-Kasperek gibt die Verpflichtungserklärung ab.

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde."

Abschließend erfolgt die Unterzeichnung der vorliegenden Verpflichtungserklärung durch die Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Szermerski-Kasperek.

**3. STL Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid
hier: Nachfolgeentscheidung in der Bestellung der Werkleitung
Vorlage: 058/2012**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Heino Lange wird mit Wirkung vom 01.08.2012 zum Werkleiter des STL bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

**4. Haushalt 2012
hier: Dringlichkeitsliste für Investitionen, Vorabgenehmigung einer Kreditaufnahme
Vorlage: 081/2012**

Stadtkämmerer Blasweiler führt aus, dass im Nothaushaltsrecht eingeschränkte Regelungen für Kreditaufnahmen gälten. Aufgrund des fortschreitenden Jahres entstände nun die Situation, dass die zur Verfügung stehenden investiven Mittel nicht ausreichen, um die notwendigen Investitionen zu finanzieren. Aus diesem Grunde müssten ggf. Kredite aufgenommen werden, die von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen seien.

Die beigefügte Übersicht enthalte die Maßnahmen, die unaufschiebbar seien. Nach Zustimmung durch den Rat der Stadt Lüdenscheid werde die Verwaltung die Kreditermächtigung bei der Aufsichtsbehörde beantragen.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Die beigefügte Dringlichkeitsliste für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen für das Haushaltsjahr 2012 wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorabgenehmigung der Kreditaufnahme in Höhe von einem Viertel des Gesamtbetrags der in der Haushaltssatzung 2011 festgesetzten Kredite bei der Aufsichtsbehörde zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

**5. Das neue Landespersonalvertretungsrecht
Vorlage: 031/2012**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**6. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Anpassung von Zuständigkeiten in
Bereichen gemeinsamer Grenzverläufe für die Aufgaben nach § 1 Abs. 1
des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung (FSHG)
Vorlage: 038/2012**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Anpassung von Zuständigkeiten in Bereichen gemeinsamer Grenzverläufe für die Aufgaben nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung in der als Anlage beigefügten Form mit der Gemeinde Schalksmühle zu schließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

**7. Bebauungsplan Nr. 551 "Horringhauser Straße", 4. Änderung –
beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB; Entscheidung über die
während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und
Anregungen; Satzungsbeschluss; Beschluss über die 4. Berichtigung des
Flächennutzungsplanes
Vorlage: 053/2012**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

- I. Zu den während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen, Anregungen und Hinweisen wird wie folgt Stellung genommen:

Schreiben des Märkischen Kreises, Fachdienst 60 – Planen und Bauen vom
08.03.2012

Der Unteren Landschaftsbehörde des Märkischen Kreises liegen keine Hinweise über das Vorkommen von planungsrelevanten Arten im Einwirkungsbereich des Vorhabens vor. Der Fachdienst 43 „Naturschutz und Landschaftspflege“ regt an, dass hinsichtlich der zu erwartenden baulichen Änderungen an den derzeit leer stehenden Gebäuden im weiteren Verfahren sicherzustellen sei, dass keine Beeinträchtigungen möglicherweise betroffener besonders bzw. streng geschützter Arten (vor allem Fledermäuse) und europäischer Vogelarten gemäß § 44 BNatSchG erfolgen.

Der Fachdienst 44 „Untere Wasserbehörde“ weist darauf hin, dass gewerbliches Abwasser (beispielsweise Waschwasser eines Waschplatzes für Firmenfahrzeuge), das nicht der örtlichen Entwässerungssatzung entspreche, auf dem Grundstück vor zu behandeln sei. Abwasser, das nicht der örtlichen Entwässerungssatzung entsprechen würde, bedürfe bei einer Einleitung in das örtliche Kanalisationsnetz der Genehmigung durch die Untere Wasserbehörde.

Stellungnahme:

Hinsichtlich der Artenschutzbestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes kann festgestellt werden, dass im Planänderungsgebiet keine durch diese Bestimmung geschützten Arten festgestellt wurden, zu erwarten sind oder durch die Planung in ihrer Population beeinträchtigt werden. Es handelt sich um ein kompakt bebautes und hoch versiegeltes Areal innerhalb des dortigen Gewerbegebietes. Die betroffenen Flächen eignen sich allenfalls als Lebensraum für verschiedene, urban auftretende Vogelarten. Mit Schreiben vom 08.03.2012 teilt die Untere Landschaftsbehörde des Märkischen Kreises im Rahmen ihrer umweltbezogenen Stellungnahme mit, dass auch ihr keine Hinweise über das Vorkommen von planungsrelevanten Arten im Einwirkungsbereich des Vorhabens vorliegen.

Die geplante gewerbliche Folgenutzung des ehemaligen Möbelmarktes ist mit erheblichen gebäudeinternen Umbau- und Renovierungsarbeiten verbunden. Im Zuge der bisherigen Vorarbeiten wurden in den leer stehenden Gebäudeteilen bislang keinerlei Fledermausvorkommen festgestellt. Von einer Beeinträchtigung streng geschützter europäischer Vogelarten nach § 44 BNatSchG ist auf dem Vorhabengrundstück ebenfalls nicht auszugehen und diese geschützten Vogelarten wurden dort bislang auch nicht angetroffen. Das Vorhabengrundstück liegt nicht innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes oder innerhalb eines Vogelschutzgebietes.

Der Bebauungsplan stellt mit seinen Festsetzungen die Grundlage für die planungsrechtliche Beurteilung eines Bauvorhabens dar. Die gesetzlichen Belange der Entwässerung sind im Baugenehmigungsverfahren spezifisch auf das jeweilige Bauvorhaben abzustimmen und werden in diesem Verfahren behandelt. Falls aufgrund des konkreten Bauvorhabens Entwässerungsbehandlungsanlagen notwendig sind, werden diese vom zuständigen Stadtentwässerungsbetrieb Lüdenscheid im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens gefordert. Im Falle genehmigungsbedürftiger Einleitungen wird dabei eine wasserrechtliche Genehmigung bei der Unteren Wasserbehörde eingeholt. Im Zuge der Bauleitplanung sind die konkreten Anforderungen an die Entwässerung des Bauvorhabens oftmals im Detail noch nicht bekannt.

Den Anregungen des Märkischen Kreises kann somit gefolgt werden.

- II. Es wird festgestellt, dass aus der Öffentlichkeit während der Auslegungsfrist keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen wurden.
- III. Gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) m. W. v. 30.07.2011, sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV. NRW S. 381), wird der Bebauungsplan Nr. 551 „Verl. Horinghauser Straße“, 4. Änderung vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung beschlossen.
- IV. Der Bebauungsplan Nr. 551 „Verl. Horinghauser Straße“, 4. Änderung wird mit dem Tage der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses des Rates der Stadt Lüdenscheid sowie von Ort und Zeit der öffentlichen Einsichtnahme rechtsverbindlich.

- V. Im Zusammenhang mit dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 551 „Verl. Horringhauser Straße“, 4. Änderung wird die dazugehörige 4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Der Beschluss über die 4. Berichtigung des Flächennutzungsplanes wird parallel mit dem Satzungsbeschluss bekannt gemacht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

- 8. A. 131. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 821 "Friedhofstraße/Gustav-Adolf-Straße"
B. Bebauungsplan Nr. 821 "Friedhofstraße/Gustav-Adolf-Straße"
Entscheidung über die während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung und über die während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen und Anregungen; Beschluss; Satzungsbeschluss
Vorlage: 074/2012**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

- A.: I. Zu den während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, zu den während der frühzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB und zu den während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB zur 131. Änderung des Flächennutzungsplanes abgegebenen Stellungnahmen, Anregungen und Hinweisen wird wie folgt Stellung genommen:

Öffentlichkeitsbeteiligung am 30.01.2012

Von den anwesenden Bürgern wird vorgetragen, dass es bereits gegenwärtig im Umfeld der Phänomenta eine hohe Frequentierung durch Reisebusse geben würde. Ferner wird die Befürchtung geäußert, dass durch den neuen Fachhochschulstandort und die Erweiterung der Phänomenta die vorhandenen Stellplätze im Quartier nicht ausreichen würden und die Straßen durch die zusätzlichen Reisebusse und PKWs zugeparkt würden. In diesem Zusammenhang wird die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoller sei, den geplanten 10 m breiten Anpflanzstreifen auf den privaten Flächen entlang der Friedhofstraße für zusätzliche Stellplätze im Quartier zu nutzen.

Aus der Bürgerschaft wird die Frage gestellt, ob ein möglicher Eisschlag, der von der geplanten Stahlgitterkonstruktion des Phänomenta-Turmes ausgehen könnte, bei der Planung berücksichtigt worden sei.

Es wird von Bürgern auf die unschöne Eingangssituation von der Bahnhofstraße in die Friedhofstraße hingewiesen. Dort stehe entlang des Gehweges eine als sehr un schön empfundene Mauer und es sind dort ungepflegte Parkflächen am rechten Straßenrand anzutreffen. Die Verwaltung wird gebeten, an diesem Zustand etwas zu ändern.

Insgesamt stimmen die anwesenden Bürger den Inhalten und Zielen des Bebauungsplanes Nr. 821 „Friedhofstraße / Gustav-Adolf-Straße“ sowie der damit verbundenen 131. Änderung des Flächennutzungsplanes zu.

Stellungnahme:

Die Stadt Lüdenscheid hat die verkehrliche Situation für anreisende Busse bzw. für Busparkplätze im Bahnhofsumfeld untersucht. Die geplante Unterbringung der Busparkplätze betrifft aber in erster Linie Flächen im Bereich des angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 785 „Bahnhof Lüdenscheid“ und nicht das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 821 selbst, da dort keine Freiflächen für Busparkplätze zur Verfügung stehen.

Durch die Erweiterung der Phänomenta wird künftig von einem Anstieg der Besucherzahlen ausgegangen. Rund ein Drittel der Gesamtbesucherzahl setzt sich aus Schulklassen und Schülergruppen zusammen, die in erster Linie gemeinsam mit einem Autobus oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr anreisen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Phänomenta nur zwei bis drei Schulklassen gleichzeitig durch die Ausstellungsfläche führen kann. Eine unkontrollierte Anhäufung von Bussen mit Besuchergruppen, die den öffentlichen Parkraum im dortigen Stadtquartier belegen, wird daher nicht zu erwarten sein.

Der zusätzliche Parkverkehr der übrigen Besucher kann auf dem Grundstück der Phänomenta selbst oder im näheren Umfeld und insbesondere im Bereich der öffentlichen Straßen nicht aufgenommen werden. Basierend auf den Zielen des vom Rat der Stadt Lüdenscheid beschlossenen städtebaulichen Entwicklungskonzeptes „415 m über NN DENKFABRIK“ ist es daher städtische Planung, die mit dem PKW anreisenden Besucher in ein neues Parkhaus, das auf dem Bahnhoftsplateau errichtet werden soll, zu leiten (Beschilderung). Das Parkhaus soll über eine Fußgängerbrücke direkt an die Gustav-Adolf-Straße angebunden werden, so dass zwischen dem Parkhaus und der Phänomenta eine kurze fußläufige Verbindung entstehen wird. Von einer zusätzlichen Verkehrsbelastung der Straßen im Plangebiet rund um die Phänomenta ist daher nicht auszugehen. Mit höheren Immissionen durch zusätzlichen Verkehrslärm ist im Plangebiet nicht zu rechnen. Durch die Fußgängerbrücke in Verlängerung der Gustav-Adolf-Straße ist das Plangebiet dann sehr gut an den Verknüpfungspunkt Bahn / ÖPNV angebunden.

Für die rund 250 Studienplätze im neuen Fachhochschulgebäude an der Bahnhofsallee stehen auf dem Grundstück selbst rund 84 PKW-Stellplätze, die nach der Landesbauordnung notwendig sind, zur Verfügung. Entlang der Bahnhofsallee hat die Stadt Lüdenscheid weitere 80 öffentliche PKW-Stellplätze im Straßenraum gebaut. Das geplante Parkhaus soll auf vier Etagen insgesamt 400 Stellplätze bieten. Im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der Phänomenta beabsichtigt die Stadt Lüdenscheid, zusätzlich auf dem Grundstück des geplanten Parkhauses 4 bis 5 Aufstellflächen für Reisebusse ausweisen, die dann über die Fußgängerbrücke eine direkte Anbindung zur Phänomenta besitzen. Durch diese Maßnahmen wird im Altbauquartier ein erhöhter Park-Such-Verkehr durch Studenten und Besucher der Phänomenta vermieden.

Der geplante 10 m breite Streifen entlang der Friedhofstraße, der nach § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt ist, dient der Stadtbegrünung und Durchgrünung des dortigen Quartiers. Unter stadtkologischen Gesichtspunkten wird durch diese Pflanzmaßnahme ein Ziel des Rahmenplanes zum städtebaulichen Entwicklungskonzept für das Bahnhofsquartier umgesetzt. In Verbindung mit der geplanten Ergänzung der Baumallee in Teilbereichen der Friedhofstraße ergibt sich somit die Chance, im dortigen Bereich eine auf den Friedhof zulaufende „grüne Achse“ zu schaffen, die die historische Wege- und Sichtbeziehung zur Trauerhalle betont und aufnimmt. Eine Nutzung dieses Grünstreifens durch Stellplätze würde diesem städtebaulichen Ziel entgegenstehen. Ferner soll durch die

Ausweisung dieses Anpflanzstreifens die räumliche Lage einer unversiegelten Freifläche auf dem Baugrundstück definiert werden. Die Pflanzmaßnahme dient der städtebaulichen Zielsetzung für das Stadtumbaugebiet „Bahnhofsquartier und Knapper Straße“, die vorhandenen Grünstrukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei soll durch die Anpflanzung von Straßenbäumen, durch straßenbegleitende Begrünungen, durch Flächenentsiegelungen und durch Innenhofbegrünungen die Aufenthaltsqualität im Quartier erhöht und die Attraktivität des dortigen Stadtbildes erhalten werden.

Die Detailfrage nach möglichem Eisschlag, der im Winter von der Stahlgitterkonstruktion ausgehen könnte, lässt sich mit den Instrumenten der Bauleitplanung nicht lösen. Derartige baukonstruktive Fragestellungen muss der Bauherr mit den planenden Architekten im Rahmen eines konkreten Baugenehmigungsverfahrens abstimmen und berücksichtigen. Nach der Generalklausel des § 3 Abs. 1 der Landesbauordnung NRW sind bauliche Anlagen generell so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit oder die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährdet wird. Diese Verpflichtung obliegt jedem Bauherrn, der einen konkreten Bauantrag stellt. Insofern ist hier der Eigentümer – genauso wie im Falle von Eiszapfen oder Schneelawinen vom Dach eines privaten Wohnhauses – für sein Bauwerk verantwortlich und verkehrssicherungspflichtig.

Bei der als gestalterisch unschön empfundenen Mauer entlang des Gehweges in der unteren Friedhofstraße handelt es sich um eine private bauliche Anlage auf einem Privatgrundstück. Insofern hat die Stadt Lüdenscheid auf den Zustand und die Gestaltung der Mauer keinen unmittelbaren Einfluss. Gleichwohl will die Stadt Lüdenscheid den dortigen Grundstückseigentümer auf die Situation ansprechen und um eine Beseitigung der gestalterischen Mängel bitten. Es ist aus städtischer Sicht geplant, die Friedhofstraße im Zuge der Erweiterung der Phänomenta umzugestalten, die Baumallee wieder zu vervollständigen und die Straße insgesamt neu auszubauen. In diesem Zusammenhang werden dann auch die ungepflegten Parkflächen am rechten Straßenrand der Friedhofstraße aufgegriffen.

Den Anregungen und Hinweisen der Bürgerschaft im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung somit kann nur teilweise gefolgt werden.

Schreiben des Märkischen Kreises – Fachdienst 60 vom 19.12.2011 und vom 17.04.2012

Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde bestehen gegen die Teiländerung des Flächennutzungsplanes in Sonderbauflächen und gegen die planungsrechtliche Sicherung der geplanten Bauvorhaben durch den Bebauungsplan Nr. 821 „Friedhofstraße / Gustav-Adolf-Straße“ keine Bedenken.

Die Untere Naturschutzbehörde regt jedoch an, als sinnvolle Ergänzung zur Planung die regenerative Erzeugung von Energie beispielsweise durch Photovoltaik als Beitrag zum Klimaschutz im Bebauungsplan fest zu setzen.

Im weiteren Bauleitplanverfahren sei die Betroffenheit besonders bzw. streng geschützter Arten nach § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes zu prüfen.

Der Unteren Landschaftsbehörde liegen keine Hinweise über das Vorkommen von planungsrelevanten Arten im Einwirkungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 821 vor. Bei Gebäudeabbrüchen sei jedoch im weiteren Verfahren sicherzustellen, dass mög-

licherweise anzutreffende Gebäudebrüter und Fledermäuse nicht beeinträchtigt würden.

Da durch den Schattenwurf des geplanten Phänomena-Turmes die umliegenden Nutzungen nicht erheblich belästigt würden, werden aus Sicht des Immissionsschutzes von der Unteren Immissionsschutzbehörde des Märkischen Kreises gegen den Bebauungsplan-Entwurf keine Bedenken erhoben. Die winterliche Verschattung des nördlich angrenzenden Grundstückes der Jugendbildungsstätte in der Zeit von Mitte November bis Ende Januar von erheblichem Schattenwurf (1 bis 1,5 Stunden pro Tag) sei nach Ansicht der Immissionsschutzbehörde zumutbar, da die von der Verschattung betroffenen Räumen nicht Wohnzwecken dienen würden.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Planentwürfe hat der Fachdienst 60 des Märkischen Kreises in seinem Schreiben vom 17.04.2012 mitgeteilt, dass ihm zur Bauleitplanung keine Anregungen vorliegen.

Stellungnahme:

Mit der Novelle des BauGB durch das „Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden“ vom 22.07.2011 soll der wachsenden Bedeutung der Bekämpfung des Klimawandels auch im Städtebaurecht Rechnung getragen werden. So soll der Klimaschutz bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden gefördert werden. Durch das Gesetz werden im Städtebaurecht zur Stärkung des Klimaschutzes unter anderem Klimaschutzklauseln eingeführt, die Darstellungs- und Festsetzungsmöglichkeiten zum Einsatz und zur Nutzung erneuerbarer Energien und aus der Kraft-Wärme-Kopplung erweitert, Sonderregelungen für die Windenergienutzung eingeführt und die Nutzung insbesondere von Solaranlagen in, an oder auf Gebäuden erleichtert.

Informelle städtebauliche Klimaschutz- und Energiekonzepte im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB sollen verstärkt zum Gegenstand eines Flächennutzungsplanes gemacht werden. Nach dem novellierten § 5 Abs. 2 Nr. 2 b) BauGB ist es nunmehr möglich, die Ausstattung des Gemeindegebietes mit Einrichtungen, Anlagen und sonstigen Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, im Flächennutzungsplan darzustellen. Gemeint sind insbesondere Anlagen und Einrichtungen zur dezentralen und zentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder der Kraft-Wärme-Kopplung.

Nach dem neu gefassten § 9 Abs. 1 Nr. 23 b) BauGB ist es im Bebauungsplan nunmehr möglich, aus städtebaulichen Gründen Gebiete festzusetzen, in denen bei der Errichtung von Gebäuden oder bestimmten sonstigen baulichen Anlagen bestimmte bauliche und sonstige technische Maßnahmen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder der Kraft-Wärme-Kopplung getroffen werden müssen. Nach Ziffer 2.4.2 des Muster-Einführungserlasses zum Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden können allerdings wie bisher keine Vorgaben für die Nutzung der erzeugten Energie festgesetzt werden.

Aus Sicht der Stadt Lüdenscheid ist für eine derartige klimaschützende Darstellung im Flächennutzungsplan - beispielsweise für eine großflächige Fotovoltaikanlage – eine städtebauliche, ökologische und auch leitungstechnische Voruntersuchung erforderlich. Voraussetzung ist daher zwingend ein städtische Gesamtkonzeption über den Einsatz erneuerbarer Energien, die städtebaulich abgestimmt ist, die die gesamtstädtische Situation beleuchtet (Lage im Stadtgebiet, tatsächlicher Energiebedarf, freie Leitungskapazitäten, Anschlussmöglichkeiten, Anschlusszwang, Planungen der

örtlichen Energieversorger etc.) und die auch mit den regionalen Energieversorgern abgestimmt ist. Ein derartige umfängliche Voruntersuchung liegt der Stadt Lüdenscheid aber bislang nicht vor, so dass es im vorliegenden Fall wenig Sinn macht, im Bereich der 131. Änderung des Flächennutzungsplanes ohne Gesamtkonzeption die regenerative Erzeugung von Energie z. B. durch Fotovoltaikanlagen festzuschreiben.

Es ist unstrittig, dass jede einzelne Fotovoltaikanlage ihren Beitrag zum Klimaschutz leistet und daher auch aus Gründen des Klimaschutzes sinnvoll ist. Die Stadt Lüdenscheid ist allerdings der Auffassung, dass es nicht Ziel führend ist, ohne ein gesamtstädtisches erneuerbare Energienkonzept und ohne Untersuchungen der Rahmenbedingungen in beliebigen Planbereichen die regenerative Erzeugung von Energie über die Bauleitplanung vorzuschreiben und über einen Bebauungsplan festzusetzen. Im Übrigen ist es den einzelnen Bauherren im Plangebiet auch ohne planungsrechtliche Festsetzungen baurechtlich möglich, eine der Hauptnutzung untergeordnete Fotovoltaikanlage auf den Dachflächen oder auf den Fassaden zu installieren, vorausgesetzt, die Energieeinspeisung ist dort leitungstechnisch überhaupt möglich.

Die regenerative Erzeugung von Energie stellt einen wichtigen pädagogischen Themenpunkt der Phänomenta dar. Insofern liegt es ohnehin im Interesse der Phänomenta, unter anderem auch die Fotovoltaik für die Besucher im oder am Gebäude im wahrsten Sinne des Wortes „begreifbar“ darzustellen. Eine Festsetzung der erneuerbaren Erzeugung von Energie per Bauleitplanung ist daher im Plangebiet nicht zwingend erforderlich.

Nach den Ergebnissen des Umweltberichtes liegt ein Eingriff in den Arten- und Biotopschutz nicht vor. Dieses wird durch die umweltrelevante Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde des Märkischen Kreises vom 19.12.2011 fachlich bestätigt.

Aufgrund möglicher Sommerquartiere von Zwergfledermäusen im Plangebiet sollte der Abriss der Altgebäude im Zeitraum von Mitte Oktober bis Ende Februar durchgeführt werden. Erfolgt der Abriss der Gebäude hingegen in der Zeit von Anfang März bis Mitte Oktober, sind die Abbrucharbeiten durch ein ökologisch fachkundiges Büro zu begleiten bzw. die Gebäude unmittelbar vor dem Abbruch durch ein solches Büro zu besichtigen. Sollten keine Zwergfledermäuse angetroffen werden, ist die Unbedenklichkeit bei der Unteren Landschaftsbehörde des Märkischen Kreises durch den Bauherrn zu bestätigen. Als weitere Kompensationsmaßnahme für fehlende Unterschlupfmöglichkeiten von Zwergfledermäusen wäre im Plangebiet die Aufstellung von Fledermauskästen möglich. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält unter Punkt 15. „Umwelt“ einen entsprechenden Hinweis.

Den Anregungen und Hinweisen des Märkischen Kreises kann aus den geschilderten Gründen nur teilweise gefolgt werden.

Wehrbereichsverwaltung West, Schreiben vom 13.12.2011 und vom 20.03.2012

Die Wehrbereichsverwaltung teilt in ihrem Schreiben mit, dass ihre wahrzunehmenden Belange durch den Bebauungsplan Nr. 821 grundsätzlich nicht berührt werden.

Da das Bauvorhaben mit einer Höhe von ca. 80 m über Grund aber als Luftfahrthindernis einzustufen sei, bittet die Wehrbereichsverwaltung darum, den Vorbescheid bzw. die Baugenehmigung für den Phänomenta-Turm mit den im Schreiben vorformulierten Auflagen / Nebenbestimmungen zu versehen.

Im Zuge der öffentlichen Auslegung der Planentwürfe hat die Wehrbereichsverwaltung im Schreiben vom 20.03.2012 mitgeteilt, dass mit der Aufnahme des luftrechtli-

chen Hinweises in Punkt 9. der Begründung zum Bebauungsplan der ursprünglichen Stellungnahme vom Dezember 2011 Rechnung getragen wurde.

Stellungnahme:

Die formulierten Auflagen / Nebenbestimmungen wurden unter Ziffer 9. in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen. Zusätzlich hat der städtische Fachdienst 61 eine Kopie der fachlichen Stellungnahme der Wehrbereichsverwaltung West an die Bauaufsichtsbehörde der Stadt Lüdenscheid übermittelt, mit der Bitte, die Auflagen dort in einem künftigen Baugenehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Den Hinweisen der Wehrbereichsverwaltung West wird somit gefolgt, dieses wird durch die Stellungnahme der Wehrbereichsverwaltung vom 20.03.2012 im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes nach § 3 Abs. 2 BauGB bestätigt.

Energie Vernetzt, Schreiben vom 06.12.2011

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 821 werden von der Energie Vernetzt keine grundsätzlichen Bedenken vorgetragen. Im dargestellten Planbereich befinden sich zwei Mittelspannungsstationen, 10 kV und 400 V-Kabel sowie Gas- und Wasserleitungen. Nach der Stellungnahme von Energie Vernetzt sind diese Versorgungsleitungen von Überbauungen freizuhalten und vor Tiefbaumaßnahmen zu sichern.

Stellungnahme:

Der Hinweis der Energie Vernetzt auf den Umgang mit den vorhandenen Versorgungsleitungen im Falle von künftigen Baumaßnahmen wurde unter Punkt 12. in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen. Die planenden Architekten müssen sich bei künftigen Bauvorhaben – wie allgemein üblich - im Zuge der Detailplanung mit den Leitungsträgern über den Verlauf und die Sicherung der Versorgungsleitungen abstimmen.

Dem Hinweis der Energie Vernetzt wird somit entsprochen.

Ev. Kreiskirchenamt Iserlohn-Lüdenscheid, Schreiben vom 08.12.2011

Das Kreiskirchenamt weist darauf hin, dass die Ev. Christus-Kirchengemeinde Lüdenscheid Eigentümer des Grundstückes Mathildenstraße 30 sei und dies in der Begründung zum Bebauungsplan von der Stadt Lüdenscheid redaktionell zu ändern sei.

Aus Sicht der Christus-Kirchengemeinde Lüdenscheid wäre es im Hinblick auf künftige, gegebenenfalls zur Finanzierung des CVJM-Jugendheimes erforderlich werdende zusätzliche Finanzierungsmittel (Mieteinnahmen) wünschenswert, wenn im Sondergebiet 1 auch eine Nutzung für freiberufliche Zwecke in den Katalog der zulässigen Zweckbestimmungen aufgenommen werden würde.

Ein von der Stadt Lüdenscheid als Option angedachter Fußweg von der Phänomenta über das Grundstück Mathildenstraße 30 zur Friedhofstraße würde nach Auffassung des Kreiskirchenamtes den Betrieb des Jugendheims (u. a. Außenanlagen) beeinträchtigen. Daher sei bis auf weiteres nicht mit einer Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Umsetzung dieses Weges zu rechnen.

Das Schreiben schließt mit dem Hinweis, dass das Kreiskirchenamt zur Zeit auf privatrechtlicher Basis Grundstücksverhandlungen mit der Phänomena führe. Hinweise zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung ergeben sich aus kirchlicher Sicht nicht.

Stellungnahme:

Der Eigentümer des Grundstückes Mathildenstraße 30 wurde in der Begründung zum Bebauungsplan korrigiert.

Aufgrund des gewerbeähnlichen Umfeldes folgt die Stadt Lüdenscheid der Anregung des Kreiskirchenamtes und nimmt Gebäude und Räume für freiberuflich Tätige im Sinne des § 13 BauNVO in den Katalog der zulässigen Nutzungen innerhalb des Sondergebietes 1 als zusätzliche Nutzungsmöglichkeit auf. Aus städtebaulicher Sicht fügen sich freiberufliche Nutzungen in den dortigen gewerbeähnlichen Nutzungsrahmen hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung fügen.

Nach dem Fußwegkonzept für das dortige Stadtquartier wird der Fußweg über das Grundstück der CVJM-Jugendeinrichtung aus Sicht der Stadt Lüdenscheid nicht mehr zwingend benötigt. Daher wurde im Bebauungsplan Nr. 821 auf eine entsprechende Festsetzung eines Fußweges über das Grundstück Mathildenstraße 30 verzichtet.

Privatrechtliche Grundstücksverhandlungen zwischen der Phänomena und dem Kreiskirchenamt können nach dem abschließenden Katalog des § 9 Abs. 1 BauGB nicht Gegenstand einer bauleitplanerischen Festsetzung sein. Insofern ist der Hinweis für das Bauleitplanverfahren gegenstandslos.

Den Anregungen und Hinweisen des Kreiskirchenamtes kann somit im Wesentlichen gefolgt werden.

- II. Gemäß der §§ 2 und 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) mit Wirkung vom 30.07.2011, wird die 131. Änderung des Flächennutzungsplanes und die dazugehörige Begründung einschließlich des Umweltberichtes vom Rat der Stadt Lüdenscheid beschlossen.
 - III. Die 131. Flächennutzungsplanänderung wird mit dem Tage der Bekanntmachung der nach § 6 BauGB erforderlichen Genehmigungserteilung der Bezirksregierung Arnberg sowie unter Angabe von Ort und Zeit der öffentlichen Einsichtnahme wirksam.
- B.: I. Zu den während der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, zu den während der frühzeitigen Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB und zu den während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplanes Nr. 821 „Friedhofstraße / Gustav-Adolf-Straße“ abgegebenen Stellungnahmen, Anregungen und Hinweisen wird wie folgt Stellung genommen:

Öffentlichkeitsbeteiligung am 30.01.2012

Von den anwesenden Bürgern wird vorgetragen, dass es bereits gegenwärtig im Umfeld der Phänomena eine hohe Frequentierung durch Reisebusse geben würde. Ferner wird die Befürchtung geäußert, dass durch den neuen Fachhochschulstandort

und die Erweiterung der Phänomenta die vorhandenen Stellplätze im Quartier nicht ausreichen würden und die Straßen durch die zusätzlichen Reisebusse und PKWs zugeparkt würden. In diesem Zusammenhang wird die Frage gestellt, ob es nicht sinnvoller sei, den geplanten 10 m breiten Anpflanzstreifen auf den privaten Flächen entlang der Friedhofstraße für zusätzliche Stellplätze im Quartier zu nutzen.

Aus der Bürgerschaft wird die Frage gestellt, ob ein möglicher Eisschlag, der von der geplanten Stahlgitterkonstruktion des Phänomenta-Turmes ausgehen könnte, bei der Planung berücksichtigt worden sei.

Es wird von Bürgern auf die unschöne Eingangssituation von der Bahnhofstraße in die Friedhofstraße hingewiesen. Dort stehe entlang des Gehweges eine als sehr un schön empfundene Mauer und es sind dort ungepflegte Parkflächen am rechten Straßenrand anzutreffen. Die Verwaltung wird gebeten, an diesem Zustand etwas zu ändern.

Insgesamt stimmen die anwesenden Bürger den Inhalten und Zielen des Bebauungsplanes Nr. 821 „Friedhofstraße / Gustav-Adolf-Straße“ sowie der damit verbundenen 131. Änderung des Flächennutzungsplanes zu.

Stellungnahme:

Die Stadt Lüdenscheid hat die verkehrliche Situation für anreisende Busse bzw. für Busparkplätze im Bahnhofsumfeld untersucht. Die geplante Unterbringung der Busparkplätze betrifft aber in erster Linie Flächen im Bereich des angrenzenden Bebauungsplanes Nr. 785 „Bahnhof Lüdenscheid“ und nicht das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 821 selbst, da dort keine Freiflächen für Busparkplätze zur Verfügung stehen.

Durch die Erweiterung der Phänomenta wird künftig von einem Anstieg der Besucherzahlen ausgegangen. Rund ein Drittel der Gesamtbesucherzahl setzt sich aus Schulklassen und Schülergruppen zusammen, die in erster Linie gemeinsam mit einem Autobus oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr anreisen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Phänomenta nur zwei bis drei Schulklassen gleichzeitig durch die Ausstellungsfläche führen kann. Eine unkontrollierte Anhäufung von Bussen mit Besuchergruppen, die den öffentlichen Parkraum im dortigen Stadtquartier belegen, wird daher nicht zu erwarten sein.

Der zusätzliche Parkverkehr der übrigen Besucher kann auf dem Grundstück der Phänomenta selbst oder im näheren Umfeld und insbesondere im Bereich der öffentlichen Straßen nicht aufgenommen werden. Basierend auf den Zielen des vom Rat der Stadt Lüdenscheid beschlossenen städtebaulichen Entwicklungskonzeptes „415 m über NN DENKFABRIK“ ist es daher städtische Planung, die mit dem PKW anreisenden Besucher in ein neues Parkhaus, das auf dem Bahnofsplateau errichtet werden soll, zu leiten (Beschilderung). Das Parkhaus soll über eine Fußgängerbrücke direkt an die Gustav-Adolf-Straße angebunden werden, so dass zwischen dem Parkhaus und der Phänomenta eine kurze fußläufige Verbindung entstehen wird. Von einer zusätzlichen Verkehrsbelastung der Straßen im Plangebiet rund um die Phänomenta ist daher nicht auszugehen. Mit höheren Immissionen durch zusätzlichen Verkehrslärm ist im Plangebiet nicht zu rechnen. Durch die Fußgängerbrücke in Verlängerung der Gustav-Adolf-Straße ist das Plangebiet dann sehr gut an den Verknüpfungspunkt Bahn / ÖPNV angebunden.

Für die rund 250 Studienplätze im neuen Fachhochschulgebäude an der Bahnhofsallee stehen auf dem Grundstück selbst rund 84 PKW-Stellplätze, die nach der Lan-

desbauordnung notwendig sind, zur Verfügung. Entlang der Bahnhofsallee hat die Stadt Lüdenscheid weitere 80 öffentliche PKW-Stellplätze im Straßenraum gebaut. Das geplante Parkhaus soll auf vier Etagen insgesamt 400 Stellplätze bieten. Im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der Phänomenta beabsichtigt die Stadt Lüdenscheid, zusätzlich auf dem Grundstück des geplanten Parkhauses 4 bis 5 Aufstellflächen für Reisebusse ausweisen, die dann über die Fußgängerbrücke eine direkte Anbindung zur Phänomenta besitzen. Durch diese Maßnahmen wird im Altbauquartier ein erhöhter Park-Such-Verkehr durch Studenten und Besucher der Phänomenta vermieden.

Der geplante 10 m breite Streifen entlang der Friedhofstraße, der nach § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt ist, dient der Stadtbegrünung und Durchgrünung des dortigen Quartiers. Unter stadtoökologischen Gesichtspunkten wird durch diese Pflanzmaßnahme ein Ziel des Rahmenplanes zum städtebaulichen Entwicklungskonzept für das Bahnhofsquartier umgesetzt. In Verbindung mit der geplanten Ergänzung der Baumallee in Teilbereichen der Friedhofstraße ergibt sich somit die Chance, im dortigen Bereich eine auf den Friedhof zulaufende „grüne Achse“ zu schaffen, die die historische Wege- und Sichtbeziehung zur Trauerhalle betont und aufnimmt. Eine Nutzung dieses Grünstreifens durch Stellplätze würde diesem städtebaulichen Ziel entgegenstehen. Ferner soll durch die Ausweisung dieses Anpflanzstreifens die räumliche Lage einer unversiegelten Freifläche auf dem Baugrundstück definiert werden. Die Pflanzmaßnahme dient der städtebaulichen Zielsetzung für das Stadtumbaugebiet „Bahnhofsquartier und Knapper Straße“, die vorhandenen Grünstrukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei soll durch die Anpflanzung von Straßenbäumen, durch straßenbegleitende Begrünungen, durch Flächenentsiegelungen und durch Innenhofbegrünungen die Aufenthaltsqualität im Quartier erhöht und die Attraktivität des dortigen Stadtbildes erhalten werden.

Die Detailfrage nach möglichem Eisschlag, der im Winter von der Stahlgitterkonstruktion ausgehen könnte, lässt sich mit den Instrumenten der Bauleitplanung nicht lösen. Derartige baukonstruktive Fragestellungen muss der Bauherr mit den planenden Architekten im Rahmen eines konkreten Baugenehmigungsverfahrens abstimmen und berücksichtigen. Nach der Generalklausel des § 3 Abs. 1 der Landesbauordnung NRW sind bauliche Anlagen generell so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit oder die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährdet wird. Diese Verpflichtung obliegt jedem Bauherrn, der einen konkreten Bauantrag stellt. Insofern ist hier der Eigentümer – genauso wie im Falle von Eiszapfen oder Schneelawinen vom Dach eines privaten Wohnhauses – für sein Bauwerk verantwortlich und verkehrssicherungspflichtig.

Bei der als gestalterisch unschön empfundenen Mauer entlang des Gehweges in der unteren Friedhofstraße handelt es sich um eine private bauliche Anlage auf einem Privatgrundstück. Insofern hat die Stadt Lüdenscheid auf den Zustand und die Gestaltung der Mauer keinen unmittelbaren Einfluss. Gleichwohl will die Stadt Lüdenscheid den dortigen Grundstückseigentümer auf die Situation ansprechen und um eine Beseitigung der gestalterischen Mängel bitten. Es ist aus städtischer Sicht geplant, die Friedhofstraße im Zuge der Erweiterung der Phänomenta umzugestalten, die Baumallee wieder zu vervollständigen und die Straße insgesamt neu auszubauen. In diesem Zusammenhang werden dann auch die ungepflegten Parkflächen am rechten Straßenrand der Friedhofstraße aufgegriffen.

Den Anregungen und Hinweisen der Bürgerschaft im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung somit kann nur teilweise gefolgt werden.

Schreiben des Märkischen Kreises – Fachdienst 60 vom 19.12.2011 und vom 17.04.2012

Aus Sicht der Unteren Naturschutzbehörde bestehen gegen die Teiländerung des Flächennutzungsplanes in Sonderbauflächen und gegen die planungsrechtliche Sicherung der geplanten Bauvorhaben durch den Bebauungsplan Nr. 821 „Friedhofstraße / Gustav-Adolf-Straße“ keine Bedenken.

Die Untere Naturschutzbehörde regt jedoch an, als sinnvolle Ergänzung zur Planung die regenerative Erzeugung von Energie beispielsweise durch Photovoltaik als Beitrag zum Klimaschutz im Bebauungsplan fest zu setzen.

Im weiteren Bauleitplanverfahren sei die Betroffenheit besonders bzw. streng geschützter Arten nach § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes zu prüfen.

Der Unteren Landschaftsbehörde liegen keine Hinweise über das Vorkommen von planungsrelevanten Arten im Einwirkungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 821 vor. Bei Gebäudeabbrüchen sei jedoch im weiteren Verfahren sicherzustellen, dass möglicherweise anzutreffende Gebäudebrüter und Fledermäuse nicht beeinträchtigt würden.

Da durch den Schattenwurf des geplanten Phänomena-Turmes die umliegenden Nutzungen nicht erheblich belästigt würden, werden aus Sicht des Immissionsschutzes von der Unteren Immissionsschutzbehörde des Märkischen Kreises gegen den Bebauungsplan-Entwurf keine Bedenken erhoben. Die winterliche Verschattung des nördlich angrenzenden Grundstückes der Jugendbildungsstätte in der Zeit von Mitte November bis Ende Januar von erheblichem Schattenwurf (1 bis 1,5 Stunden pro Tag) sei nach Ansicht der Immissionsschutzbehörde zumutbar, da die von der Verschattung betroffenen Räumen nicht Wohnzwecken dienen würden.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Planentwürfe hat der Fachdienst 60 des Märkischen Kreises in seinem Schreiben vom 17.04.2012 mitgeteilt, dass ihm zur Bauleitplanung keine Anregungen vorliegen.

Stellungnahme:

Mit der Novelle des BauGB durch das „Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden“ vom 22.07.2011 soll der wachsenden Bedeutung der Bekämpfung des Klimawandels auch im Städtebaurecht Rechnung getragen werden. So soll der Klimaschutz bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden gefördert werden. Durch das Gesetz werden im Städtebaurecht zur Stärkung des Klimaschutzes unter anderem Klimaschutzklauseln eingeführt, die Darstellungs- und Festsetzungsmöglichkeiten zum Einsatz und zur Nutzung erneuerbarer Energien und aus der Kraft-Wärme-Kopplung erweitert, Sonderregelungen für die Windenergienutzung eingeführt und die Nutzung insbesondere von Solaranlagen in, an oder auf Gebäuden erleichtert.

Informelle städtebauliche Klimaschutz- und Energiekonzepte im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB sollen verstärkt zum Gegenstand eines Flächennutzungsplanes gemacht werden. Nach dem novellierten § 5 Abs. 2 Nr. 2 b) BauGB ist es nunmehr möglich, die Ausstattung des Gemeindegebietes mit Einrichtungen, Anlagen und sonstigen Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, im Flächennutzungsplan darzustellen. Gemeint sind insbesondere Anlagen und Einrichtungen zur dezent-

ralen und zentralen Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder der Kraft-Wärme-Kopplung.

Nach dem neu gefassten § 9 Abs. 1 Nr. 23 b) BauGB ist es im Bebauungsplan nunmehr möglich, aus städtebaulichen Gründen Gebiete festzusetzen, in denen bei der Errichtung von Gebäuden oder bestimmten sonstigen baulichen Anlagen bestimmte bauliche und sonstige technische Maßnahmen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien oder der Kraft-Wärme-Kopplung getroffen werden müssen. Nach Ziffer 2.4.2 des Muster-Einführungserlasses zum Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes bei der Entwicklung in den Städten und Gemeinden können allerdings wie bisher keine Vorgaben für die Nutzung der erzeugten Energie festgesetzt werden.

Aus Sicht der Stadt Lüdenscheid ist für eine derartige klimaschützende Darstellung im Flächennutzungsplan - beispielsweise für eine großflächige Fotovoltaikanlage – eine städtebauliche, ökologische und auch leitungstechnische Voruntersuchung erforderlich. Voraussetzung ist daher zwingend ein städtische Gesamtkonzeption über den Einsatz erneuerbarer Energien, die städtebaulich abgestimmt ist, die die gesamtstädtische Situation beleuchtet (Lage im Stadtgebiet, tatsächlicher Energiebedarf, freie Leitungskapazitäten, Anschlussmöglichkeiten, Anschlusszwang, Planungen der örtlichen Energieversorger etc.) und die auch mit den regionalen Energieversorgern abgestimmt ist. Ein derartige umfängliche Voruntersuchung liegt der Stadt Lüdenscheid aber bislang nicht vor, so dass es im vorliegenden Fall wenig Sinn macht, im Bereich der 131. Änderung des Flächennutzungsplanes ohne Gesamtkonzeption die regenerative Erzeugung von Energie z. B. durch Fotovoltaikanlagen festzuschreiben.

Es ist unstrittig, dass jede einzelne Fotovoltaikanlage ihren Beitrag zum Klimaschutz leistet und daher auch aus Gründen des Klimaschutzes sinnvoll ist. Die Stadt Lüdenscheid ist allerdings der Auffassung, dass es nicht Ziel führend ist, ohne ein gesamtstädtisches erneuerbare Energienkonzept und ohne Untersuchungen der Rahmenbedingungen in beliebigen Planbereichen die regenerative Erzeugung von Energie über die Bauleitplanung vorzuschreiben und über einen Bebauungsplan festzusetzen. Im Übrigen ist es den einzelnen Bauherren im Plangebiet auch ohne planungsrechtliche Festsetzungen baurechtlich möglich, eine der Hauptnutzung untergeordnete Fotovoltaikanlage auf den Dachflächen oder auf den Fassaden zu installieren, vorausgesetzt, die Energieeinspeisung ist dort leitungstechnisch überhaupt möglich.

Die regenerative Erzeugung von Energie stellt einen wichtigen pädagogischen Themenpunkt der Phänomenta dar. Insofern liegt es ohnehin im Interesse der Phänomenta, unter anderem auch die Fotovoltaik für die Besucher im oder am Gebäude im wahrsten Sinne des Wortes „begreifbar“ darzustellen. Eine Festsetzung der erneuerbaren Erzeugung von Energie per Bauleitplanung ist daher im Plangebiet nicht zwingend erforderlich.

Nach den Ergebnissen des Umweltberichtes liegt ein Eingriff in den Arten- und Biotopschutz nicht vor. Dieses wird durch die umweltrelevante Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde des Märkischen Kreises vom 19.12.2011 fachlich bestätigt.

Aufgrund möglicher Sommerquartiere von Zwergfledermäusen im Plangebiet sollte der Abriss der Altgebäude im Zeitraum von Mitte Oktober bis Ende Februar durchgeführt werden. Erfolgt der Abriss der Gebäude hingegen in der Zeit von Anfang März bis Mitte Oktober, sind die Abbrucharbeiten durch ein ökologisch fachkundiges Büro zu begleiten bzw. die Gebäude unmittelbar vor dem Abbruch durch ein solches Büro zu besichtigen. Sollten keine Zwergfledermäuse angetroffen werden, ist die Unbedenklichkeit bei der Unteren Landschaftsbehörde des Märkischen Kreises durch den

Bauherrn zu bestätigen. Als weitere Kompensationsmaßnahme für fehlende Unterschlupfmöglichkeiten von Zwergfledermäusen wäre im Plangebiet die Aufstellung von Fledermauskästen möglich. Die Begründung zum Bebauungsplan enthält unter Punkt 15. „Umwelt“ einen entsprechenden Hinweis.

Den Anregungen und Hinweisen des Märkischen Kreises kann aus den geschilderten Gründen nur teilweise gefolgt werden.

Wehrbereichsverwaltung West, Schreiben vom 13.12.2011 und vom 20.03.2012

Die Wehrbereichsverwaltung teilt in ihrem Schreiben mit, dass ihre wahrzunehmenden Belange durch den Bebauungsplan Nr. 821 grundsätzlich nicht berührt werden.

Da das Bauvorhaben mit einer Höhe von ca. 80 m über Grund aber als Luftfahrthindernis einzustufen sei, bittet die Wehrbereichsverwaltung darum, den Vorbescheid bzw. die Baugenehmigung für den Phänomenta-Turm mit den im Schreiben vorformulierten Auflagen / Nebenbestimmungen zu versehen.

Im Zuge der öffentlichen Auslegung der Planentwürfe hat die Wehrbereichsverwaltung im Schreiben vom 20.03.2012 mitgeteilt, dass mit der Aufnahme des luftrechtlichen Hinweises in Punkt 9. der Begründung zum Bebauungsplan der ursprünglichen Stellungnahme vom Dezember 2011 Rechnung getragen wurde.

Stellungnahme:

Die formulierten Auflagen / Nebenbestimmungen wurden unter Ziffer 9. in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen. Zusätzlich hat der städtische Fachdienst 61 eine Kopie der fachlichen Stellungnahme der Wehrbereichsverwaltung West an die Bauaufsichtsbehörde der Stadt Lüdenscheid übermittelt, mit der Bitte, die Auflagen dort in einem künftigen Baugenehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

Den Hinweisen der Wehrbereichsverwaltung West wird somit gefolgt, dieses wird durch die Stellungnahme der Wehrbereichsverwaltung vom 20.03.2012 im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes nach § 3 Abs. 2 BauGB bestätigt.

Energie Vernetzt, Schreiben vom 06.12.2011

Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 821 werden von der Energie Vernetzt keine grundsätzlichen Bedenken vorgetragen. Im dargestellten Planbereich befinden sich zwei Mittelspannungsstationen, 10 kV und 400 V-Kabel sowie Gas- und Wasserleitungen. Nach der Stellungnahme von Energie Vernetzt sind diese Versorgungsleitungen von Überbauungen freizuhalten und vor Tiefbaumaßnahmen zu sichern.

Stellungnahme:

Der Hinweis der Energie Vernetzt auf den Umgang mit den vorhandenen Versorgungsleitungen im Falle von künftigen Baumaßnahmen wurde unter Punkt 12. in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen. Die planenden Architekten müssen sich bei künftigen Bauvorhaben – wie allgemein üblich - im Zuge der Detailplanung mit den Leitungsträgern über den Verlauf und die Sicherung der Versorgungsleitungen abstimmen.

Dem Hinweis der Energie Vernetzt wird somit entsprochen.

Ev. Kreiskirchenamt Iserlohn-Lüdenscheid, Schreiben vom 08.12.2011

Das Kreiskirchenamt weist darauf hin, dass die Ev. Christus-Kirchengemeinde Lüdenscheid Eigentümer des Grundstückes Mathildenstraße 30 sei und dies in der Begründung zum Bebauungsplan von der Stadt Lüdenscheid redaktionell zu ändern sei.

Aus Sicht der Christus-Kirchengemeinde Lüdenscheid wäre es im Hinblick auf künftige, gegebenenfalls zur Finanzierung des CVJM-Jugendheimes erforderlich werdende zusätzliche Finanzierungsmittel (Mieteinnahmen) wünschenswert, wenn im Sondergebiet 1 auch eine Nutzung für freiberufliche Zwecke in den Katalog der zulässigen Zweckbestimmungen aufgenommen werden würde.

Ein von der Stadt Lüdenscheid als Option angedachter Fußweg von der Phänomenta über das Grundstück Mathildenstraße 30 zur Friedhofstraße würde nach Auffassung des Kreiskirchenamtes den Betrieb des Jugendheims (u. a. Außenanlagen) beeinträchtigen. Daher sei bis auf weiteres nicht mit einer Zustimmung des Grundstückseigentümers zur Umsetzung dieses Weges zu rechnen.

Das Schreiben schließt mit dem Hinweis, dass das Kreiskirchenamt zur Zeit auf privatrechtlicher Basis Grundstücksverhandlungen mit der Phänomenta führe. Hinweise zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung ergeben sich aus kirchlicher Sicht nicht.

Stellungnahme:

Der Eigentümer des Grundstückes Mathildenstraße 30 wurde in der Begründung zum Bebauungsplan korrigiert.

Aufgrund des gewerbeähnlichen Umfeldes folgt die Stadt Lüdenscheid der Anregung des Kreiskirchenamtes und nimmt Gebäude und Räume für freiberuflich Tätige im Sinne des § 13 BauNVO in den Katalog der zulässigen Nutzungen innerhalb des Sondergebietes 1 als zusätzliche Nutzungsmöglichkeit auf. Aus städtebaulicher Sicht fügen sich freiberufliche Nutzungen in den dortigen gewerbeähnlichen Nutzungsrahmen hinsichtlich der Art der baulichen Nutzung fügen.

Nach dem Fußwegkonzept für das dortige Stadtquartier wird der Fußweg über das Grundstück der CVJM-Jugendeinrichtung aus Sicht der Stadt Lüdenscheid nicht mehr zwingend benötigt. Daher wurde im Bebauungsplan Nr. 821 auf eine entsprechende Festsetzung eines Fußweges über das Grundstück Mathildenstraße 30 verzichtet.

Privatrechtliche Grundstücksverhandlungen zwischen der Phänomenta und dem Kreiskirchenamt können nach dem abschließenden Katalog des § 9 Abs. 1 BauGB nicht Gegenstand einer bauleitplanerischen Festsetzung sein. Insofern ist der Hinweis für das Bauleitplanverfahren gegenstandslos.

Den Anregungen und Hinweisen des Kreiskirchenamtes kann somit im Wesentlichen gefolgt werden.

- II. Gemäß § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) mit Wirkung vom 30.07.2011, sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung

der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.06.2009 (GV. NRW S. 381), wird der Bebauungsplan Nr. 821 „Friedhofstraße / Gustav-Adolf-Straße“ vom Rat der Stadt Lüdenscheid als Satzung und die dazugehörige Begründung einschließlich des Umweltberichtes beschlossen.

- III. Der Bebauungsplan Nr. 821 „Friedhofstraße / Gustav-Adolf-Straße“ wird nach erfolgter Genehmigung der 131. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Tage der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses des Rates der Stadt Lüdenscheid sowie von Ort und Zeit der öffentlichen Einsichtnahme rechtsverbindlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

- 9. Erlass von örtlichen Vorschriften durch den Bürgermeister zur ordnungsgemäßen Erledigung von Aufgaben der Finanzbuchhaltung
Vorlage: 073/2012**

Die in der Anlage beigefügten Dienstanweisungen werden zur Kenntnis genommen.

- 10. Änderung der Vertretung der Stadt Lüdenscheid in der Hauptversammlung der ENERVIE - Südwestfalen Energie und Wasser AG
Vorlage: 077/2012**

Ratsherr Diller schlägt für die SPD-Ratsfraktion Ratsherrn Stefan Hofmann vor.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Als neuer Vertreter der Stadt Lüdenscheid für die Teilnahme an Hauptversammlungen der ENERVIE wird, für die verbleibende Amtszeit des Rates, Ratsherr Stefan Hoffmann, benannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

- 11. Umbesetzung von Ausschüssen; hier: Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 069/2012**

-
- 11.1. Umbesetzung von Ausschüssen; hier: Jugendhilfeausschuss / 1. Ergänzung
Vorlage: 069/2012/1**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Lüdenscheid wählt in den

Jugendhilfeausschuss:

Auf Vorschlag der Kreispolizeibehörde Märkischer Kreis Herrn Bernd Kleine als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht nach § 5 Abs. 1 AG-KJHG anstelle von Herrn Oliver Petrosch.

Auf Vorschlag der Agentur für Arbeit Iserlohn als Vertreter für Herrn Reinhard Korte Herrn Arthur Weiss als beratendes Mitglied ohne Stimmrecht nach § 5 Abs. 1 AG-KJHG.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43

12. Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln HJ 2012 Vorlage: 083/2012

Ratsherr Holzrichter führt aus, dass dieser Punkt in der Sitzung des Sportausschusses am 13.03.2012 diskutiert worden sei. Es sei kritisiert worden, dass eine Teilerneuerung der Beleuchtung für den Hallenbereich für 70.000 € erfolgen solle, wenn sich die Kosten für die Kompletterneuerung für die gesamte Halle auf 90.000 € belaufen würden.

Anstatt im Tribünenbereich die noch funktionsfähige Beleuchtung aus dem Hallenbereich einzubauen, die dann ebenfalls wieder reparaturanfällig sei, sollte die Zentrale Gebäudewirtschaft prüfen, ob ein kompletter Austausch der Beleuchtung günstiger erfolgen könne. Er erkundigte sich daher nach dem jetzigen Stand.

Bürgermeister Dzewas übergibt hierzu Herrn Welter, Zentrale Gebäudewirtschaft, das Wort.

Herr Welter berichtet, dass die Zentrale Gebäudewirtschaft in Zusammenarbeit mit einer Lüdenscheider Leuchtenfirma einen Vorschlag erarbeitet habe, der erheblich günstiger ausfallen werde. Vorgesehen sei, nur noch die Beleuchtung über dem Spielfeld zu dimmen. Im Tribünenbereich sei zukünftig keine Dimmung mehr vorgesehen. In diesem Bereich würde zukünftig nur noch das Licht eingeschaltet, wenn sich Zuschauer auf den Tribünen befinden würden. Bei Schulsport bliebe das Licht dort ausgeschaltet.

Gegebenenfalls könne eine komplette Erneuerung der Beleuchtung für 70.000 € erfolgen.

Ratsherr Morisse erkundigt sich, ob nicht in alte Technologien investiert würde. Er fragt, ob nicht eins bis drei Jahre überbrückt werden könnten, um dann neue nachhaltige Energiesparmaßnahmen einzusetzen, die sich rechnen würden.

Herr Welter teilt hierzu mit, dass der Erhaltungsaufwand pro Jahr zurzeit bei 10.000 € liege. Bei einer Überbrückung von drei Jahren beliefen sich folglich die Kosten auf rund 30.000 €. Die Energier einsparung sei nicht so hoch, dass dies gerechtfertigt werden könne. Darüber hinaus gebe es in Deutschland noch keine LED-Technik, die ballwurfsicher sei. Die Versicherung fordere aber eine solche.

Anschließend fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Bei 010 100 060 – 5211458/7211458 – Bergstadt-Gymnasium – werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 70.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei folgenden Sachkonten:

010 100 060 – 4582500/7211449 – Auflösung Instandhaltungsrückstellungen/Albert-Schweitzer-Schule (IR) – in Höhe von 13.000 €

010 100 060 – 5235440/7235440 – Leistungen des STL Hochbau – in Höhe von 3.000 €

080 010 010 – 5211100/7211100 – Unterhaltung Sportstätten durch STL – in Höhe von 50.000 €

080 010 010 – 5211320/7211320 – Besondere Unterhaltungsmaßnahmen – in Höhe von 4.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

13. Bewilligung von überplanmäßigen Mitteln HJ 2012

Vorlage: 086/2012

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Bei Sachkonto 120 010 040 – 7221311 - Kalver Höhe werden überplanmäßige Mittel in Höhe von 40.000 € bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei folgenden Sachkonten:

- 120 010 040 – 7221262 - Am Ebbeblick (IR) in Höhe von 10.000,00 €

- 120 010 040 – 7221267 - Drosselweg (IR) in Höhe von 10.000,00 €

- 120 010 040 – 7221273 - Kirchstraße (IR) in Höhe von 20.000,00 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44

14. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

14.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

14.2. Beantwortung von Anfragen

14.2.1. Benennung einer Straße nach Jürgen Dietrich

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Fröhling in der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 16.04.2012 ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

14.3. Anfragen

14.3.1. Durchgeführte Arbeiten von auswärtigen Firmen

Ratsherr Pietzner berichtet, dass auf dem Betriebshof des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Gerüstbauarbeiten durch eine Firma aus Siegen sowie am Schwimmbad am Nattenberg Malerarbeiten durch eine Hagener Firma durchgeführt worden seien.

Er fragt an, ob diese Firmen bei den Ausschreibungen günstiger als die Lüdenscheider Firmen gewesen seien.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

14.3.2. Anfallende Kosten für die Sitzungsunterlagen

Ratsherr Hoffmann, der zu Beginn der Sitzung darauf hingewiesen hatte, dass er mit seinem mitgebrachten Tablet-PC testen wolle, ob er zukünftig auf die Zustellung der Sitzungsunterlagen in Papierform verzichten und anstelle dessen das Ratsinformationssystem während der Sitzung nutzen könne, berichtet, dass es nach einem ersten Versuch noch zu früh für konkrete Aussagen sei. Man müsse prüfen, zukünftig auf die Zusendung der Sitzungsunterlagen zu verzichten, da sich neben dem ökologischen Aspekt auch Einsparungen für die Stadt Lüdenscheid ergeben könnten.

Er frage daher an, welche Kosten für den Druck, das Papier, die Zustellung per Post und die Entsorgung der Sitzungsunterlagen für Rats- und Ausschuss-Sitzungen anfallen würden.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

14.3.3. Kinderspielplatz in Brügge

Ratsfrau Skorupa fragt an, wann der Kinderspielplatz an der Volmestraße bei LIDL in Brügge erneuert würde. Die notwendigen Mittel hierfür seien vorhanden. Das Grundstück sei durch LIDL entsprechend vorbereitet worden.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

Dzewas
Vorsitzender

Marré
Schriftführerin